Hlavačka, Milan: Zlatý věk české samosprávy. Samospráva a její vliv na hospodářský, sociální a intelektuální rozvoj Čech 1862-1913 [Das goldene Zeitalter der böhmischen Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung und ihr Einfluss auf die wirtschaftliche, soziale und intellektuelle Entwicklung Böhmens 1862-1913].

Libri, Praha 2006, 207 S.

Das Thema Selbstverwaltung hat regelmäßig dann Konjunktur in der Forschung, wenn sich Fragestellungen und Herangehensweisen an Geschichte verändern. Denn nach Selbstverwaltung zu fragen, ist ein guter Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung mit den verschiedensten historischen Prozessen: für die Untersuchung der verfassungsrechtlichen Entwicklung (Malý 1986, 1993), die Geschichte der Ver-

waltung, des Schulwesens und mit diesem zusammenhängender sprachlicher und nationaler Fragen sowie – was sich vor allem in jüngster Zeit durchgesetzt hat – für die Beschäftigung mit dem Bürgertum und seinem politischen, sozialen und kulturellen Einfluss auf die Gesellschaft (Malíř 1993, 1997, 2006; Urbanitsch 1995, 1998, 2000; Kladiwa 2004, 2007; Fasora 2004). Bei dieser in den letzten Jahrzehnten erschienenen Flut an Literatur zu den verschiedensten Aspekten der Selbstverwaltung verblüfft vor allem die Tatsache, dass nach wie vor Jiří Klabouch (1968) die beste Übersicht über Literatur und Quellen zum Thema bietet.

Der Ansatz, den Milan Hlavačka für sein Buch „Das goldene Zeitalter der böhmischen Selbstverwaltung“ gewählt hat, ist gut durchdacht und ansprechend: Hlavačka zeigt die Entstehung und das Funktionieren der Selbstverwaltung in Böhmen auf drei Ebenen der Gebietsverwaltung: auf der Gemeindeebene (am Beispiel Píseks), der Bezirksebene (anhand der Entstehung der Bezirksvertretung von Mělník) und der Landesebene (in einem Kapitel über landesweite Eisenbahnaktionen). Die Selbstverwaltung versteht der Autor als „Schule der Demokratie“. Bereits führende zeitgenössische Repräsentanten waren sich des Einflusses von Beamten der Selbstverwaltung auf die „Erziehung der Nation“ bewusst. In Anbetracht zahlreicher Unterschlagungen und des Schwunds von Gemeindeeigentum kann man zwar nicht immer von positiven Vorbildern sprechen, doch spielten herausragende Repräsentanten der Selbstverwaltung ohne Zweifel eine wichtige Rolle für die Durchsetzung selbstständigen, offenen und liberalen Handelns. Anders als in Mähren war in Böhmen dank der Bildung von Bezirksvertretungen ein „politischer Nachwuchs“ gesichert, der aus mehreren hundert gut bezahlten Stellen der Selbstverwaltungen auf Bezirksebene hervorging.

Ein Verdienst der Arbeit Hlavačkas ist die Aufmerksamkeit, die er dem Finanzwesen widmet, ein in Darstellungen zur Geschichte des 19. Jahrhunderts vielfach vernachlässigtes Gebiet. An konkreten Beispielen, die mit Archivquellen belegt werden, demonstriert er die Veränderungen in den Gemeindefinanzen. Nach Aufhebung des patrimonialen Systems, das gewissermaßen als regulierende Instanz fungiert hatte, konnten die reichen Bauern das Gemeindeeigentum an sich ziehen, denn der neoabsolutistische Staat überließ die dörflichen Verhältnisse bis auf wenige Ausnahmen einer eigenen Entwicklung, und das provisorische Gemeindegesetz von 1849 gestattete bezüglich des Gemeindevermögens eine verhältnismäßig freie Rechtsauslegung.

Wichtig ist Hlavačkas Interpretation der Entstehung der selbstverwalteten Bezirke als Schaffung eines gewissen Kontrollmechanismus (und in gewissem Maße auch der Prävention und repressiven Korrektur) für die „unbegrenzte Herrschaft der Alten“ im böhmischen Dorf. Hlavačkas Einschätzung zufolge verschwanden bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs in vielen böhmischen Landgemeinden bis zu zwei Drittel des Gemeindeeigentums, womit eine neue dörfliche Infrastruktur (u. a. Schulen, Armenhäuser, ärztliche Betreuung, Straßen, Friedhöfe, Glockentürme) geschaffen wurde und „ein brüchiger sozialer Friede innerhalb der ländlichen Gemeinden“ entstand, „über den ein selbstbewusster und vermögender Bauernstand, der Gemeinde- und Bezirksvorsteher sowie manchmal sogar der Gemeindegendarm wachte“ (S. 115).

Die Frage nach dem niederen Schulwesen, das eng mit der Selbstverwaltung verknüpft war, betrachtet Hlavačka aus einem ungewöhnlichen Blickwinkel. In einer ähnlichen methodischen Vorgehensweise wie Artur Erwin Imhof („Fünf Erzählungen nach historischen Bildern“, 1990) entscheidet er sich für zwei „fotografische[n] Momentaufnahmen“ aus den Jahren 1864 und 1870. Mithilfe dieser klar eingegrenzten Untersuchungen vermittelt der Autor einen Einblick in die Beziehung zwischen Schulwesen und Selbstverwaltung. Plastisch zeigt er das Versagen der Selbstverwaltung in Bezug auf die Lehrer und die finanzielle Emanzipation der Lehrkräfte dank des liberalen Schulsystems, das nicht nur zur reihenweisen Ausbildung von „Zisleithaniern“ führte, sondern auch zum Ausbau eines national geteilten Schulwesens. Die Folge war die Entstehung einer selbstbewussten, vom Staat finanzierten Lehrerschaft und die Überwindung des Analphabetismus.

Am Beispiel des Ausbaus, Betriebs und der Finanzierung der Schule in Horní Záhorka führt Hlavačka nicht nur den damaligen Zustand des Schulwesens vor Augen, sondern beleuchtet auch allgemeine strukturelle Charakterzüge und zeitspezifische Rituale, die das Verhältnis von Gemeindeschulen und Selbstverwaltungen kennzeichneten.

Der spannungsreiche Zusammenhang von Schulwesen und Sprache in der österreichischen Monarchie ist zwar als Thema in der Literatur bereits teilweise bearbeitet worden (Stourzh 1985, Höbelt 1987, Burger 1995, Malíř 1997, Luft 1997, Newerla 1999), aber wie Milan Hlavačka zeigt, ist es nach wie vor möglich, innovative Ausgangspunkte zu finden. So wird der Sprachgebrauch in der böhmischen Bürokratie und Selbstverwaltung nicht unter nationalen oder staatsrechtlichen Gesichtspunkten betrachtet, sondern aus der Perspektive der Funktionstüchtigkeit der staatlichen Bürokratie und der Selbstverwaltungsorgane. Nach einer Zusammenfassung der bisherigen Forschungsergebnisse und einem Überblick über die Gesetzesnormen demonstriert Hlavačka die Problematik der Nationalsprache im Umfeld der selbstständigen Bezirksverwaltungen. Da die Selbstverwaltungsorgane die Verhandlungssprache wählen konnten, kam es in einsprachigen Bezirken nie zu Problemen, in zweisprachigen Bezirken wurden sie durch die Verlegung der problematischen Gemeinden und Gebiete in andere Bezirke gelöst. Hlavačka hat am Beispiel deutscher Gemeinden aus dem Jahr 1869 die Anfänge „des Segregationsprozesses“ analysiert, dessen Konsequenz die administrative Aufteilung des böhmischen Königreichs auf der Grundlage ethnischer Prinzipien war.

Die Porträts dreier Repräsentanten von Selbstverwaltungsorganen runden den Band ab: Jiří Kristián Fürst von Lobkowitz war als langjähriger oberster Marschall des Königreichs Böhmen und zugleich Bezirksvorsteher in Mělník Vertreter der beiden obersten Ebenen der Selbstverwaltung. František Schwarz und Karel Adámek repräsentieren den idealen Prototyp eines Bezirksbeamten der Selbstverwaltung, der seine theoretischen Kenntnisse der Gesetze mit ihrer praktischen Anwendung verbindet.

„Das goldene Zeitalter der böhmischen Selbstverwaltung“ ist eine innovative Arbeit, die sich auf eine Vielzahl bisher in diesem Kontext nicht verwendeter Archivmaterialien stützt (Allgemeines Verwaltungsarchiv in Wien, Bezirksarchive, das Familienarchiv der Lobkowitz und das Archiv des Nationalen technischen Museums in Prag). Milan Hlavačka hat bewiesen, dass die Geschichte der Selbstver-

waltung nicht nur eine bloße Aufzählung von Rechtsnormen darstellt, vielmehr gelingt es ihm, das Innenleben der Selbstverwaltungsorgane, die Geschichte des Alltags in den Selbstverwaltungsstrukturen und ihrer typischen Repräsentanten einzufangen. Aus methodologischer Sicht bemerkenswert sind die Thesen am Ende jedes Kapitels, die allgemeinere Gültigkeit besitzen und strukturelle Mechanismen aufzeigen. Was kann man an dieser gelungenen Publikation kritisieren? Eigentlich nur die nicht besonders leserfreundliche Platzierung der Anmerkungen am Ende des Buchs, die nach Kapiteln nummeriert sind.